

Wohngeld in Schleswig-Holstein: Anstieg um 77 Prozent im letzten Jahr

Immer mehr Haushalte in Schleswig-Holstein beziehen Wohngeld. Der DGB fordert stärkere Maßnahmen gegen Mietsteigerungen.

Immer mehr Haushalte in Schleswig-Holstein sind auf Unterstützung angewiesen, um ihre Wohnkosten zu decken. Die aktuellen Zahlen zeigen einen dramatischen Anstieg an Personen, die Wohngeld beziehen. Diese Entwicklung wirft ein Schlaglicht auf die steigenden Wohnkosten in der Region und die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Bekämpfung der Mietpreise zu ergreifen.

Wachsende Zahl an Wohngeldempfängern

Gemäß den Daten des Statistikamts Nord erhielten Ende 2023 in Schleswig-Holstein insgesamt 44.055 Haushalte Wohngeld, was einem Anstieg von beeindruckenden 77 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Besonders betroffen sind Erwerbspersonen, deren Zahl um 72 Prozent auf 18.130 stieg. Aber auch Haushalte, die von Nichterwerbspersonen wie Rentnern und Studierenden geführt werden, verzeichneten einen Anstieg von 81 Prozent auf 25.925.

Maßnahmen gegen die Mietpreiserhöhung

Die DGB-Nord-Chefin, Laura Pooth, warnt, dass zusätzliche Maßnahmen notwendig sind, um der rasanten Mietenentwicklung entgegenzuwirken. „Wir müssen alle verfügbaren Instrumente wie die Mietpreisbremse ausschöpfen.“

Noch wichtiger ist jedoch eine verstärkte Investition in langfristigen sozialen Wohnraum“, forderte sie.

Hintergründe und gesetzliche Änderungen

Diese Entwicklungen sind nicht zufällig. Sie stehen im Zusammenhang mit neuen Regelungen im Wohngeldrecht, die den Kreis der Berechtigten erweiterten. Somit haben zwar nicht nur Mieter, sondern auch finanzielle schwache Eigentümer Zugang zu dieser Unterstützung, doch die Mehrheit der Empfänger sind derzeit Mieter. Laut aktuellen Statistiken beträgt der durchschnittliche Wohngeldzuschuss inzwischen 302 Euro pro Monat, was 54 Prozent mehr ist als im Vorjahr.

Gemeinschaftliche Verantwortung für sozialen Wohnraum

Die DGB-Chefin hebt hervor, dass nicht nur private Investoren, sondern auch kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften stärker unterstützt werden müssen. Die neue Wohngemeinnützigkeit wird als Schritt in die richtige Richtung angesehen, muss jedoch mit zusätzlichen Anreizen begleitet werden, um den Bau von sozialem Wohnraum voranzutreiben.

Fazit und weitere Ausblicke

Die steigende Zahl der Haushalte, die auf Wohngeld angewiesen sind, ist ein starkes Signal dafür, dass in Schleswig-Holstein ernsthafte Maßnahmen zur Bekämpfung der Mietpreise benötigt werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat einen klaren Handlungsbedarf formuliert, der von der Politik aufgegriffen werden muss, um die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu sichern.

– **NAG**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de